

Was ist Ernährungssouveränität?

Ernährungssouveränität ist ein relativ junges Konzept zur weltweiten Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung. Es wurde von der internationalen Kleinbauern- und Landarbeiterbewegung La Via Campesina entwickelt und erlangte im Zusammenhang mit dem Welternährungsgipfel 1996 in Rom größere Aufmerksamkeit. Dort verpflichteten sich die teilnehmenden Staaten bis 2015 die Zahl der Hungernden zu halbieren. Doch setzten sie dabei auf die alten wirtschaftsliberalen Rezepte. Ausgehend vom Menschenrecht auf angemessene Nahrung, möchte Ernährungssouveränität dagegen die Rechte der KleinproduzentInnen (Kleinbäuerinnen und -bauern, KleinfischerInnen, ViehzüchterInnen etc.) in den Ländern des Südens stärken. Nahrung soll vorwiegend regional produziert und vermarktet werden, statt für den Export in die reichen Länder. Von Hunger und Unterernährung Betroffene sollen Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut bekommen. Staaten sollen das Recht erhalten, sich gegen subventionierte Lebensmittelimporte, die lokale Märkte zerstören, zu schützen. Die Macht von Saatgut- und Lebensmittelkonzernen soll beschnitten werden.

Warum ist das wichtig?

Seit einigen Jahren nimmt die Zahl der Hungernden weltweit wieder zu. Die klassischen neoliberalen Rezepte, die auf die Förderung der Exporte, den Abbau von Handelsschranken und die Verbreitung der Gentechnik setzen, sind gescheitert. Dieses Scheitern hat auch gezeigt, dass das Problem des Hungers sich nicht technisch, sondern nur politisch lösen lässt. Ernährungssouveränität ist das einzige Konzept, das von der Perspektive der Hungernden selbst ausgeht und nicht von abstrakten makroökonomischen Überlegungen.

Ist „Ernährungssouveränität“ nicht dasselbe wie „Ernährungssicherheit“?

„Ernährungssicherheit“ ist laut dem Aktionsplan des Welternährungsgipfels 1996 ein Zustand in dem „alle Menschen jederzeit physisch und ökonomisch Zugang zu sicherer und nahrhafter Nahrung haben, die ihre Ernährungsbedürfnisse und Vorlieben befriedigen und ihnen ein aktives und gesundes Leben ermöglichen“. Doch dies ist lediglich die Beschreibung eines hehren Ziels. Es bleibt offen, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Das Konzept der „Ernährungssouveränität“ geht einen Schritt weiter und schließt das Recht ein, Nahrung zu produzieren. „Ernährungssouveränität“ betont daher den Zugang zu Produktionsmitteln wie Land, Saatgut und Wasser, während es bei der „Ernährungssicherheit“ in erster Linie um die Verfügbarkeit von Nahrung geht. Anders als „Ernährungssicherheit“ geht das Konzept der „Ernährungssouveränität“ auch von dem Recht aller Völker und Länder aus, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu definieren. Ziel dabei ist es, jedem Menschen zu ermöglichen, sich in Würde selbst zu ernähren.



Warum ist immer von Bauern und Landbevölkerung die Rede?

Armut und Hunger finden ganz überwiegend dort statt, wo die Nahrung produziert wird: auf dem Land. Ein Großteil der rund 960 Millionen Hungernden auf dem Globus sind Kleinproduzenten. Circa 50 Prozent der Hungernden sind Kleinbauern, 20 Prozent sind landlose LandarbeiterInnen und 10 Prozent sind KleinfischerInnen und ViehzüchterInnen. Sie alle hungern nicht deshalb, weil sie nicht in der Lage wären, sich selbst zu ernähren, sondern weil ihnen der Zugang zu Land und Produktionsmitteln verwehrt wird oder weil sie zum Beispiel durch subventionierte Billigimporte aus der EU um ihre Märkte gebracht werden. Gleichzeitig hat die Entwicklungspolitik der Industriestaaten und internationaler Institutionen wie der Weltbank sich immer mehr von der ländlichen Entwicklung abgewandt. Eine Politik, die Hunger und Unterernährung ernsthaft bekämpfen will, muss auf die wichtigsten Nahrungsmittelproduzenten überhaupt setzen: die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Das Problem der ländlichen Armut kann nur auf dem Land gelöst werden.

Aber Kleinbauern produzieren doch nicht genug, um die Welt zu ernähren? Ist industrielle Landwirtschaft nicht effektiver, um genügend Nahrung für alle zu produzieren?

Der Großteil der Nahrung weltweit wird von KleinproduzentInnen erwirtschaftet. Studien haben gezeigt, dass sich der Ertrag von kleinbäuerlichen Betrieben selbst unter problematischen natürlichen Bedingungen durch lokal angepasste Techniken deutlich steigern lässt. Die kleinbäuerliche Produktionsweise ist im Gegensatz zur Agriindustrie meist ökologischer, da sie darauf angewiesen ist, dass das Land auch in den nächsten Jahren noch Erträge liefert.

Ist das Bestehen auf nationaler Souveränität nicht überholt?

Der Begriff der „Souveränität“ bezieht sich nicht in erster Linie auf den Nationalstaat, Bürokratien und Regierungen, sondern auf lokale Gemeinschaften, Kleinbäuerinnen und -bauern sowie KleinfischerInnen. Diese sollen an Entscheidungen, die ihr Leben betreffen beteiligt werden. Die Forderung nach Ernährungssouveränität ist also auch eine Forderung nach mehr Demokratie und Dezentralisierung. Jedoch sieht das Konzept der Ernährungssouveränität den Staat auch in der Verantwortung. Er muss die Rahmenbedingungen garantieren. Dazu gehört zum Beispiel der Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft vor den Wirtschaftsinteressen internationaler Saatgut- und Agrochemiekonzerne sowie vor Billigimporten aus dem Ausland (Dumping). Ebenso wichtig sind Landreformen, die Achtung der Rechte der Bäuerinnen und Bauern und LandarbeiterInnen und das Recht auf eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Venezuela, Nepal, Senegal und Mali haben das Konzept der Ernährungssouveränität bereits in ihren Verfassungen verankert. Auch in Bolivien gibt es entsprechende Bestrebungen.

Warum gefährdet die Agrarpolitik der Industrieländer die Ernährungssouveränität im Süden?

Viele Industrieländer subventionieren die landwirtschaftliche Produktion mit staatlichen Beihilfen, da diese sonst auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig wären. Die meisten Subventionen zahlen die Europäische Union und die USA an einheimische Landwirte und Agrarkonzerne. Besonders schädlich sind die Exportbeihilfen, mit denen die EU zum Beispiel Billigexporte von Agrargütern nach Afrika fördert. Durch Preise unterhalb der Produktionskosten zerstören sie lokale Märkte und ruinieren die Existenz von Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in jenen Ländern, die keine staatliche Unterstützung erhalten. Entwicklungsländer können es sich in der Regel gar nicht leisten, ihre Landwirtschaft zu subventionieren. Ihre einzige Möglichkeit, die einheimischen Produzenten vor Billigimporten zu schützen, sind Zölle. Doch seit den 80er Jahren wurden sie durch Kreditaufgaben des Internationalen Währungsfonds und im Rahmen internationaler Handelsabkommen zu einem massiven Zollabbau gedrängt.

Soll ich meine Kartoffeln und Tomaten ab jetzt selber anbauen?

Der Versuch schadet sicher nicht, aber darum geht es nicht. Das Konzept der Ernährungssouveränität will, dass Menschen die Möglichkeit haben, sich in Würde selbst zu ernähren. Dies kann auf unterschiedliche Weise geschehen. Während die meisten Menschen in den Industrieländern sich durch Lohnarbeit ernähren, ist für die meisten Hungernden auf der Welt der Zugang zu Land und Produktionsmitteln die wichtigste Voraussetzung hierfür. Niemand soll gezwungen werden auf Selbstversorgung umzusteigen. Doch diejenigen, deren Existenz von der Landarbeit abhängt, sollen ihr in Würde nachgehen können.

Was macht INKOTA?

INKOTA unterstützt Basisorganisationen in Lateinamerika und Afrika, die sich in ihren Ländern für Ernährungssouveränität einsetzen. Unsere Projektpartner unterstützen KleinproduzentInnen dabei, sich aus der Abhängigkeit von der Produktion für den Weltmarkt zu befreien, und stärken regionale Wirtschaftskreisläufe. In Deutschland machen wir das Konzept der Ernährungssouveränität bekannt und fordern von der Bundesregierung eine Handels- und Entwicklungspolitik, die bäuerliche Landwirtschaft und Ernährungssouveränität in den Entwicklungsländern fördert, statt sie zu bedrohen. Dabei arbeiten wir mit La Via Campesina und deren Mitgliedsorganisationen zusammen und organisieren gemeinsame Aktionen in Deutschland.

Und was kann ich tun?

Die Umsetzung des Konzepts der Ernährungssouveränität erfordert ein grundsätzliches Umdenken bei allen beteiligten Akteuren. Jede/r Einzelne kann dazu beitragen. Verantwortungsvoller Konsum bedeutet beim Lebensmitteleinkauf, nicht nur nach dem Preis zu entscheiden. Wer beim Kauf ökologische, soziale und regionale Aspekte berücksichtigt und genmanipulierte Lebensmittel ablehnt, trägt dazu bei, die Basis für Ernährungssouveränität zu stärken. Sie können sich auch an Initiativen und Aktionen von Organisationen wie Attac, der Katholischen Landjugendbewegung oder INKOTA beteiligen, die sich für Ernährungssouveränität und eine gerechte Agrar- und Handelspolitik einsetzen. Machen Sie Freunde und KollegInnen darauf aufmerksam und tragen Sie so dazu bei, das Konzept der Ernährungssouveränität bekannter zu machen. Oder unterstützen Sie mit einer Spende unsere Partnerorganisationen in Zentralamerika oder Afrika, die sich in ihren Ländern für Ernährungssouveränität stark machen.

Weiterführende Informationen

Literaturhinweise

Grieshop: Ernährungssouveränität. Nahrung aus der Nähe betrachtet. Landjugendverlag 2006

Internet-Links

www.nyeleni2007.org – Weltforum für Ernährungssouveränität

www.viacampesina.org – Internationale Kleinbauern- und Landarbeiterbewegung

INKOTA-Materialien

INKOTA-Brief 144: Landwirtschaft Global

INKOTA-Brief 145: Fairer Handel Heute

INKOTA-Brief 148: Jahrhundertkrise Klimawandel

INKOTA-Infoblatt 1: Menschenrecht auf Nahrung

INKOTA-Infoblatt 3: Agrokraftstoffe

INKOTA-Infoblatt 4: Grüne Gentechnik

INKOTA-Infoblatt 5: Biopiraterie

INKOTA-Infoblatt 6: Biologische Vielfalt

Informationsblatt zu den INKOTA Auslandsprojekten der ländlichen Entwicklung

INKOTA-netzwerk e.V. Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin, Telefon 030-4289111,
E-Mail: inkota@inkota.de, www.inkota.de

Spendenkonto KD-Bank, Nr.: 1555 0000 10, BLZ: 350 601 90

INKOTA
netzwerk e.V. 

Gefördert durch den Evangelischen Entwicklungsdienst, aus Mitteln des BMZ durch die Inwent gGmbH und die Stiftung Nord-Süd-Brücken, durch die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Berliner Senats sowie dem Katholischen Fonds.